

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

17. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 27. Jänner 1976

Tagesordnung

Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die
Befreiung Österreichs

Inhalt

Personalien

Entschuldigung (S. 1462)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 1462)

Verhandlung

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (39 d. B.): Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs (85 d. B.)

Berichterstatter: Wuganigg (S. 1463)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1463)

Beginn der Sitzung: 21 Uhr 40 Minuten

Vorsitzender: Zweiter Präsident **Minkowitsch**.

Präsident **Minkowitsch**: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Zuweisungen

Präsident **Minkowitsch**: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 11/A der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 geändert wird, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Justizausschuß:

Auslieferungsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik (40 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz) (54 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsstellung des ehelichen Kindes (60 der Beilagen),

Notenwechsel zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 der Vereinbarung vom 26. April 1962 zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden/Zivilstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen (65 der Beilagen),

Zusatzabkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik zum Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen (66 der Beilagen),

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Rechtshilfe in Strafsachen (67 der Beilagen),

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Auslieferung (68 der Beilagen),

Erklärung der Republik Österreich über die Zurückziehung des Vorbehalts zum Artikel 4 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (69 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Anlegung von Mündelgeld (73 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem Beträge und Wertgrenzen des Zivilrechts geändert werden (Wertgrenzennovelle 1976) (80 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Protokoll über eine Änderung des Artikels 50 (a) des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (51 der Beilagen),

Zweites Zusatzprotokoll zur Satzung, der Vertrag und die Abkommen des Weltpostvereins (Lausanne, 5. Juli 1974) mit den zugehörigen Ausführungsvorschriften (56 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geändert (3. Kraftfahrzeuggesetz-Novelle) und zivilrechtliche Bestimmungen über den Gebrauch von Sicherheitsgurten getroffen werden (57 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration:

Ergänzungsprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 22. Juli 1972 samt Anhang und Protokollen Nr. 1 bis 5, BGBl. Nr. 466/1972, und Notenwechsel betreffend die Richtplafonds (55 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll (61 der Beilagen) und

Zusatzabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit (71 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über technische Studienrichtungen geändert wird (63 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Verteilungsgesetz Polen geändert wird (75 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Stärkegesetz geändert wird (76 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz geändert wird (81 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Umsatzsteuervergütung an ausländische Vertretungsbehörden und ihre im diplomatischen und berufskonsularischen Rang stehenden Mitglieder (82 der Beilagen);

Präsident Minkowitsch

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz über den Schutz personsbezogener Daten (Datenschutzgesetz) (72 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens vom 11. Juni 1974 betreffend die Änderung der Konvention über den Zollwert von Waren (77 der Beilagen).

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (39 der Beilagen): Bundesgesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs (85 der Beilagen)

Präsident **Minkowitsch**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Bundesgesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Wuganigg. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Wuganigg**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (39 der Beilagen): Bundesgesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

Der dem Ausschuß zur Vorberatung vorgelegene Gesetzentwurf sieht die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor. Das Ehrenzeichen kann, auch posthum, Personen verliehen werden, die sich um die Befreiung der Republik Österreich verdient gemacht haben und die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder besessen haben. Die Verleihung erfolgt durch

den Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung, die hiebei auf den Vorschlag eines Kuratoriums Bedacht zu nehmen hat.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 21. Jänner 1976 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Schranz, Dr. Blenk, Dr. Fischer und Dr. Ermacora einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der vom Abgeordneten Dr. Schranz vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen.

Die weiteren Details bitte ich dem schriftlichen Bericht zu entnehmen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich ersuche nunmehr, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 85 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates ist für Mittwoch, den 25. Feber 1976, in Aussicht genommen. Die Einberufung wird durch schriftliche Benachrichtigung erfolgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 50 Minuten